

„Über Nacht ist die dünne Haut der Zivilisation aufgeplatzt“. Zur Re-Dichotomisierung der Weltverhältnisse

UTA RUPPERT. TANJA SCHEITERBAUER

„Über Nacht ist die dünne Haut der Zivilisation aufgeplatzt“. Mit diesen Worten kommentierte die Schriftstellerin Natascha Wodin, in Deutschland lebende Tochter ukrainischer Zwangsarbeiter*innen in Nazi-Deutschland, den Krieg gegen die Ukraine in einem Interview im MDR Ende März 2022. Und fuhr fort: „Und darunter lauert mitten im Europa des 21. Jahrhunderts wieder die Barbarei“. Damit meinte sie aber nicht nur die Kriegspolitik Russlands, die viele Menschen in Europa (und zweifellos auch etliche in Russland) als Barbarei betrachten. Vielmehr wandte sie sich zugleich gegen die ‚Barbarei des Krieges‘ an sich, drängte darauf, nach Möglichkeiten für einen raschen Frieden zu suchen, sprach von der deutschen Mitschuld an diesem Krieg und fragte „Wären nicht gerade wir (Deutsche) dafür prädestiniert, für Frieden einzutreten“? (MDR Kultur 2022)

Schon immer war – so wollen wir, angelehnt an dieses eindrückliche Bild der aufgeplatzen, dünnen Haut der Zivilisation, ins Gedächtnis rufen – ‚Zivilisation‘ ein hierarchisch angelegter, gewaltbeladener Begriff. Und die dünne Haut, die Weltverhältnisse umspannt, war stets eine äußerst rissige, seit jeher durchzogen von „offenen Adern“ (Galeano 1973, Übers. UR/TS); nicht erst beschädigt in diesem Krieg, sondern gewachsen auf Geschwüren der Unterwerfung und extrem gewaltvollen Ausbeutung. Alle Kriege, auch jene, die in allerjüngster Zeit im Namen ‚der Zivilisation‘ geführt wurden und werden, sind im Sinne ihrer Unmenschlichkeit ‚barbarisch‘. Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen – das sind Kriege, an denen NATO-Mitgliedsstaaten und zum Teil auch Russland direkt beteiligt waren und sind, oder die sie logistisch unterstütz(t)en, damit die unbeschreibliche Zerstörung von ziviler Infrastruktur und Landwirtschaft verursacht und dadurch eine bis heute nicht einmal erfasste Zahl ziviler Opfer gefordert haben. Allein für Irak gehen Schätzungen der Organisation Iraq Body Count (2022) von bis zu 209.000 getöteten Zivilist*innen aus.

Das medial vermittelte Bild, unser neuer Alltag werde nach „77 Jahren ohne Krieg und 33 Jahre nach Beendigung eines nur im Gleichgewicht des Schreckens bewahrten (...) Friedens“ jetzt plötzlich von „roher Zerstörung“ und „aufrüttelndem Leiden“ (Habermas 2022, 12) geprägt, offenbart vor allem eines: die „asymmetrische Ignoranz“ Europas (Chakrabarty 1992, 2, Übers. UR/TS). Kriege und Konflikte, die ‚anderswo‘ stattfinden und Leid, das an anderen Orten als auf europäischem Boden ausgehalten werden muss und deshalb auch als ‚kulturell anders‘ gerahmt wird, wird als solches weder erkannt noch anerkannt, wie Judith Butler (2010) bereits in „Rasster des Krieges“ feststellte.

Neue alte Dichotomien

Parallel zu den Kontinuitäten von Konflikt und Krieg finden im Schatten des Krieges gegen die Ukraine weitreichende Veränderungen globaler Politik statt. Unter dem Vorzeichen der Militarisierung und der „NATOisierung“ Europas, wie US-Präsident Biden beim Gipfel in Madrid formulierte (Clement 2022), werden längst nicht nur die transatlantischen Verhältnisse und Konzepte von Verteidigung und Sicherheit neu sortiert, sondern zugleich die Koordinaten der Welthandelspolitik, der westlichen Energiepolitik und der internationalen Agrarpolitik neu justiert. Als gewissermaßen einendes Vorzeichen dieser Prozesse möchten wir hier den Aspekt der normativen Re-Dichotomisierung der Weltverhältnisse skizzieren. Unsere These dazu lautet, dass sich ‚der Westen‘ im Zuge der vielfach angekündigten, im Wesentlichen militaristisch bestimmten Zeitenwende auf eine Weise (re)konstituiert, welche die Kolonialität westlicher Hegemonie und mit ihr die Zivilisationsbrüche westlicher Weltpolitik mit einer Neuauflage binärer „The West and the Rest“-Logik (Ferguson 2012) externalisiert. Kolonial erscheint darin gegenwärtig nur noch die russische Aggressionspolitik und ggf. die chinesischen Expansions- und Dominanzbestrebungen im Indopazifik.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine werden vor allem die demokratische Verfasstheit ‚des Westens‘ und dessen vermeintliche Friedensordnung neu gegen den Autoritarismus des politischen Systems in Russland polarisiert. Während die gesamte nach außen wie nach innen gerichtete Palette autoritär-repressiver Methoden und Grausamkeiten des russischen Regimes quasi live medial mitverfolgt werden kann, rekonstituieren sich Europäische Union (EU) und die North Atlantic Treaty Organization (NATO) als neue-alte Gemeinschaft(en) der Demokrat*innen. Deren eigene rechtspopulistisch- und kolonial-rassistische Durchdringung, der Rassismus staatlicher Außen- wie Innenpolitiken, staatlicher Institutionen und Agenturen in Europa und den USA, die Völkerrechtsbrüche der europäischen Grenzpolitik, die weite Verbreitung autoritärer, antifeministischer, antiequiver Bewegungen, Parteien und Regierungen etc. werden darin unsichtbar gemacht und gleichsam externalisiert (Trenkle 2022). Mit der Deutung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine als ‚Kampf zweier Wertesysteme‘, werden so autoritäre und anti-demokratische Werte ins ‚Außen‘ befördert, von wo aus sie das ‚Innen‘ ‚westlich‘ gedachter liberaler Demokratien bedrohen. Mit beispielsweise Abu Ghraib und Guantanamo kann diese Erzählung vor diesem Hintergrund nun endgültig abschließen.

Energiemärkte im Zeichen der Militarisierung

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und die internationalen militär- und sicherheitspolitischen Antworten darauf, haben die Weichen umgestellt: weg vom ‚war on terror‘, der auch in feministischer Lesart stets im Zeichen der Ressourcen-sicherung verstanden wurde (Riley/Mohanty/Pratt 2008), hin bzw. zurück zur neuen

alten ‚Blöcke-Dichotomie‘. Damit einher geht eine Umstrukturierung der globalen Energiemärkte, die von diesen neuen geopolitischen Zuspitzungen geprägt werden. Während Europa schwer darum ringt, von den Importen der fossilen Energieträger Erdöl, Erdgas und Kohle aus Russland unabhängig zu werden, bauen die USA ihre Position als Lieferantin von Flüssiggas aus. Weder ökologische Konsequenzen des Frackings noch die Bedingungen der Schiffslieferungen scheinen die politischen Entscheidungen über die Ersatzbeschaffung von Gas auch nur zu tangieren (Reymond/Rimbert 2022). Öl-fördernde Staaten wie etwa Saudi-Arabien, Qatar oder Algerien sind nicht bereit, ihre Kapazitäten zu erhöhen, um ihre eigenen strategischen Partnerschaften und Waffendeals mit Russland oder Kooperationen im Rahmen der OPEC+, also des Zusammenschlusses von in der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) organisierten Ländern mit Nicht-OPEC-Ländern, nicht zu gefährden (Belkaïd 2022). Autoritär regierte Länder wie Ägypten steigen zu umworbenen Energiepartnern Europas auf. Bemühungen der deutschen Regierung, den Ausfall von russischer Kohle durch Importe aus Kolumbien zu decken, werfen schwerwiegende Fragen auf: Bereits seit Jahren leisten indigene Gemeinschaften und Kleinbäuer*innen in kolumbianischen Kohleabbaugebieten erbitterten Widerstand gegen den sich ausbreitenden Extraktivismus, der alle anderen gesellschaftlichen Interessen und Entwicklungen dem Rohstoff-Raubbau unterwirft, durch den landwirtschaftliche Nutzflächen und Ökosysteme zerstört werden und massive Schäden für die lokale Grundwasserversorgung entstehen. Regelmäßig sterben Menschen bei der Niederschlagung der Widerstände (William 2022). Kämpfe von Frauen gegen Extraktivismus bilden bekanntlich einen starken Kern der jüngeren, von Lateinamerika ausgehenden feministischen Bewegungen, die den Streik als Modus feministischer Solidarität wiederbeleben und einen wichtigen Knotenpunkt des aktuellen feministischen Transnationalismus aus dem Globalen Süden darstellen (Gago 2020).

Welternährung im Krieg

Ein zweiter Aspekt, der die Tendenz zur Externalisierung der Kolonialität illustriert, ist die rhetorische Zuweisung der Verantwortung für die gegenwärtige Welternährungskrise an Putin. Zweifellos hat der Krieg gegen die Ukraine die weltweite Ernährungskrise drastisch zugespitzt und z.B. in der aktuellen Krisensituation in Sri Lanka erheblich zum Zusammenbruch der Versorgungslage beigetragen. Aber bereits vor diesem Krieg war die Anzahl hungernder Menschen weltweit auf 800 Millionen angestiegen und die Versorgungslage in Sri Lanka desolat.

Vor dem Krieg betrug der Anteil Russlands und der Ukraine am Weltweizenexport zusammen genommen über 30%. Mit dem Krieg sind neben den Weizenexporten auch die Exporte von Mais und Gerste aus der Ukraine komplett zusammengebrochen, ein großer Teil der Agrarflächen ist zerstört und nicht mehr bestellbar, eine unbekannt große Zahl von Arbeiter*innen in der Landwirtschaft ist geflohen. Die Umsetzung der jüngsten, unter Vermittlung der Türkei und der Vereinten Nationen

zustande gekommenen Vereinbarung über die Verschiffung eines Teils der ukrainischen Getreide-Lagerbestände aus ostukrainischen Häfen erweist sich als äußerst zäh und problematisch. Bereits kurz nach Beginn des Krieges hatte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen davor gewarnt, dass durch das Zusammenwirken mehrfacher Krisen und Konflikte, d.h. durch die Kumulierung insbesondere der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, des Klimawandels und von Postkonflikt-Situationen, hunderte Millionen mehr Menschen in Subsahara-Afrika, in Nordafrika und in Mashrek Hunger erleiden müssen (WFP 2022). Doch sind die bis zu 100%igen Steigerungen der Weltmarktpreise für Weizen seit Februar 2022 längst nicht nur auf den Verknappungseffekt durch den Krieg zurückzuführen. Wie bereits in der letzten großen Weltnahrungsmittelkrise 2008 ist die Finanzialisierung, d.h. vor allem die Spekulation mit Nahrungsmitteln, auch in dieser Krise eine entscheidende Preistreiberin (Wallace-Wells 2022). Aus feministischen Weltentwicklungsdebatten ist seit Jahrzehnten bekannt, dass zur Eindämmung solcher Krisenentwicklungen grundlegende Maßnahmen wie ein politisch verstandenes Empowerment von Nahrungsmittelproduzent*innen erforderlich sind, welches u.a. die Sicherung von Landrechten und von Rechten am Saatgut einzuschließen hätte (Townsend et al. 1999). Statt solche Gewissheiten zu repolitisieren und in ein produktives Verhältnis zu ebenfalls altbekannten, ökonomiekritischen Forderungen, etwa nach Finanztransaktionssteuern, zu setzen, verlegt sich auch die feministische Diskussion aktuell eher auf transnationale Demokratie(sierungs)diskurse. So ist etwa im Rahmen der Debatte über feministische Außenpolitik längst nicht mehr von livelihoods, sondern in völliger Kontinuität des globalen Versicherheitlichungsdiskurses nur noch von der Stärkung menschlicher Sicherheit die Rede. Der feministische livelihood-Ansatz, der ausgehend von den Perspektiven lokaler Gemeinschaften in verschiedensten Kontexten des Globalen Südens und im Unterschied zu postkolonialen Sichtweisen der ‚Förderung‘ von ‚Entwicklung‘ oder der ‚Gewährung‘ von Sicherheit das *Recht* auf Selbstbestimmung über die Parameter eines guten Lebens beansprucht und damit zugleich scharfe Kritik übt an den systemischen Ursachen, die seiner Verwirklichung entgegenstehen (Krishna 2007), scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Auch eine wohlmeinende Rhetorik menschlicher Sicherheit kann dazu beitragen, Prozesse der herrschaftlichen Re-Konstituierung von Weltverhältnissen zu verdecken, statt sie aufzudecken.

Differenzierung statt Dichotomisierung

Im Krieg gelten stets und nur die ‚Anderen‘ als ‚barbarisch‘, und auch die Neujustierung von Weltverhältnissen im Schatten von Kriegen ist nicht grundsätzlich neu. Kriegslogik, das weiß die feministische Forschung seit den frühen Arbeiten von Cynthia Enloe (1990) und J. Ann Tickner (1992), fordert und fördert Dichotomisierung – nicht nur in Freund-Feind Schemata, sondern in der ganzen Bandbreite patriarchaler, rassistischer und kulturalistischer Binaritäten. Dichotomisierungen nähren

anti-emanzipatorische (Kräfte-)Verhältnisse und intersektionale Ungerechtigkeiten aller Art und wirken als Antidot einer im feministischen Sinne produktiven Zivilisierung von Weltverhältnissen. Die gegenwärtige Re-Formulierung der West-and-the-Rest-Logik, mit der Europa als Kern des ‚Guten in der Welt‘ erscheint, verdrängt nicht einfach nur die eigene Kolonialität, sondern schreibt sie höchst problematisch auf neue-alte Weise in die Zukunft ein. Gegen die Unmenschlichkeit des Krieges und all seiner Folgen ist und bleibt die Differenzierung durch feministische Kritik eine unbedingte Notwendigkeit.

Literatur

Belkaïd, Akram, 2022: Der Krieg und die globalen Energiemärkte. In: *Le Monde Diplomatique*, 7.4.2022. Internet: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5844478>. (11.8.2022).

Butler, Judith, 2010: *Raster des Krieges*. Frankfurt/M.

Chakrabarty, Dipesh, 1992: Postcoloniality and the Artifice of History: Who Speaks for ‚Indian‘ Pasts? In: *Representations*. 37 (4), 1-26.

Clement, Kai, 2022: Zurück in die Zukunft. Internet: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-gipfel-analyse-105.html> (27.7.2022).

Enloe, Cynthia H., 1990: *Bananas, Beaches & Bases: Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley, Los Angeles, London.

Ferguson, Niall, 2012: *Civilization. The West and the Rest*. London.

Gago, Veronica, 2020: *Feminist International. How to Change Everything*. London, New York.

Galeano, Eduardo, 1973: *Open Veins of Latin America. Five Centuries of the Pillage of a Continent*. New York.

Habermas, Jürgen, 2022: Krieg und Empörung. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.4.2022, 12-13.

Iraq Body Count, 2022: Documented Civilian Deaths from Violence. Internet: <https://www.iraq-bodycount.org/> (11.8.2022).

Krishna, Sumi, 2007: *Women’s Livelihood Rights. Recasting Citizenship for Development*. New Delhi.

MDR Kultur, 2022: Krieg in der Ukraine. Gedanken von Natascha Wodin. Internet: <https://www.mdr.de/kultur/literatur/natascha-wodin-gedanken-zum-Krieg-gegen-die-ukraine-100.html> (11.8.2022).

Reymond, Mathias/**Rimbert**, Pierre, 2022: Die Sieger stehen schon fest. In: *Le Monde Diplomatique*, 9.6.2022. Internet: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5844528> (25.6.2022).

Riley, Robin L./**Mohanty**, Chandra T./**Pratt**, Minnie Bruce (Hg.), 2008: *Feminism and War. Confronting US-Imperialism*. London.

Tickner, J. Ann, 1992: *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*. New York.

Townsend, Janet Gabriel/**Zapata**, Emma/**Rowlands**, Jo/**Alberti**, Pilar/**Mercado**, Marta, 1999: *Women and Power. Fighting Patriarchies and Poverty*. London.

Trenkle, Norbert, 2022: Die autoritäre Offensive. Warum der Kampf gegen das Putin-Regime transnational sein muss. Internet: <https://www.krisis.org/2022/die-autoritaere-offensive-warum-die-abwehr-des-russischen-angriffs-transnationalen-charakter-haben-muss/> (25.6.2022).

Wallace-Wells, David, 2022: How Bad Is the Global Food Crisis Going to Get? In: *The New York Times*, 7.6.2022. Internet: <https://www.nytimes.com/2022/06/07/opinion/global-food-crisis-russia-ukraine-war.html> (13.6.2022).

WFP (World Food Programme), 2022: Food Insecurity Implications of the Ukraine Conflict. March 2022. Internet: <https://www.wfp.org/publications/food-security-implications-ukraine-conflict> (30.6.2022).

William, David, 2022: Ukraine War: Germany Wants More Coal from Colombia, But it Is „Bloody“. Internet: <https://24hourworlds.com/politics/165431> (7.7.2022).

„Aus Homophobie folgt Krieg“: Russlands interne Repression und externe Aggression als zwei Seiten einer Medaille

EVA MARIA HINTERHUBER

„Aus Homophobie folgt Krieg“ heißt es auf einem Banner an Berlins Gethsemanekirche, von der aus die East Pride Demo im Juni 2022 ihren Ausgang nahm: Unter dem Motto „Für Eure und unsere Freiheit“ protestierten die Teilnehmenden gegen die Diskriminierung von LGBTIAQ+ (nicht nur) in Osteuropa, gegen Russlands Krieg gegen die Ukraine und für Frieden, Demokratie und Selbstbestimmung. Einige Monate zuvor, im Februar 2022, hatte Russland das Nachbarland Ukraine völkerrechtswidrig überfallen; seither herrscht ein Krieg in Europa.

Im Folgenden soll das autoritäre System Putin und sein illegaler Angriffskrieg gegen die Ukraine aus einer Genderperspektive analysiert werden, wobei der Schwerpunkt auf dem zivilgesellschaftlichen Widerstand und Protest sowohl gegen das autoritäre System als auch gegen den Krieg liegt. Die massive Repression gegen Opposition und Zivilgesellschaft unter einer zunehmend autoritären politischen Herrschaft und die externe Aggression Russlands gegen die Ukraine sind als zwei – vergeschlechtlichte – Seiten derselben Medaille zu betrachten, so die These des vorliegenden Beitrags.

Feministische Analysen stehen in Kriegszeiten traditionell nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenngleich sowohl die Etablierung eines autoritären Regimes in Russland als auch seine äußere Aggression zutiefst vergeschlechtlicht sind. Dies gilt nicht nur für die unterschiedlichen Rollen, die Frauen, Männern und nicht-binären Menschen in Zeiten des Konflikts zugeschrieben werden: sei es hinsichtlich der Einbeziehung in die Streitkräfte (etwa wenn aufgrund der allgemeinen Mobilisierung Männer zwischen 18 und 60 Jahren die Ukraine nicht verlassen dürfen), sei es im Kontext von Flucht (z.B. wenn weibliche Geflüchtete aus der Ukraine von Menschenhandel betroffen sind), oder mit Blick auf geschlechtsspezifische, auch sexualisierte Gewalt (bspw. gegen trans* Personen). Darüber hinaus kann im konkreten Fall die Invasion der Ukraine durch Russland nur im Kontext seiner Geschlechterpolitik vollständig verstanden werden (Edenborg 2022). Die sich seit der Jahrtausendwende abzeichnende, ab 2010 an Fahrt gewinnende autoritäre Wende in